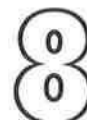




Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. August 1992
12. Jahrgang, S. 208–237
ISSN 0177-1868



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	208
Beratungspflichten des Steuerberaters / Anwaltes	209
– fehlerhafte, den Mandanten begünstigende Rechtsauffassung des FA	
– Verjährung des Schadenersatzanspruchs	
– unerlaubte Rechtsberatung (BGH, Ur. v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91)	
Fehlgeschlagene Kapitalanlage	228
– Schaden (BGH, Ur. v. 4. 12. 1991 – II ZR 141/90)	
Haftung des Notars	229
– Umfang der Belehrungspflichten	
– Belehrungsbedürftigkeit (BGH, Ur. v. 7. 2. 1991 – IX ZR 24/90)	
GI Hinweise	232

GI Leitsätze

Beratungsfehler des Maklers / Finanzierungsvermittler

1. Ein Vertrag, in dem sich der Makler nur zu Bemühungen um das Zustandekommen der Finanzierung, nicht aber zur Beschaffung der Finanzierung eines Hauskaufs verpflichtet, ist als Maklerdienstvertrag zu qualifizieren (Abgrenzung BGH Urt.v. 21.10.1987, 4A ZR 103/86, NJW 1988, 221).
2. Ist den Kaufinteressenten die Finanzierung des Hauskaufs nur mit einer bestimmten monatlichen Höchstbelastung möglich, und erklären sie sich zum Abschluß des Kaufvertrages bereit, weil der Makler ihnen unrichtigerweise versichert, daß die Finanzierung zu den gewünschten Bedingungen gesichert sei, so haftet der Makler wegen Erteilung der falschen Auskunft auf das negative Interesse und hat die Grundstückskäufer so zu stellen, als wäre der Kaufvertrag nicht zustande gekommen (was der Fall gewesen wäre, wenn der Makler die Kaufinteressenten darüber informiert hätte, daß eine Finanzierung nur mit einer – von den Kaufinteressenten nicht zu erbringenden – wesentlich höheren als der gewünschten monatlichen Belastung möglich sei).
3. Der Makler hat den Grundstückskäufern Notar- und Gerichtskosten, Darlehenszinsen und Renovierungskosten sowie den Grundstückskaufpreis abzüglich des Erlöses aus der später erfolgten Zwangsversteigerung sowie tatsächlicher und fiktiver Mieteinnahmen zu ersetzen.

(BGH, Urt.v. 17.10.1990 – IV ZR 197/89 – WM 1991, 246 = VersR 1990, 1396 = NJW RR 1991, 627)

Grunderwerbsteuer / Erwerb einer Personengesellschaft

Nur die Übertragung sämtlicher Anteile an einer Personengesellschaft (hier: Kommanditgesellschaft) steht einer Veräußerung des Gesellschaftsgrundstücks mit entsprechenden Grunderwerbsteuerlichen Konsequenzen gleich.

Verbleibt zumindest ein Gründungsgesellschafter in der Gesellschaft, ist die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen an eingeworbene Kapitalanleger auch dann nicht als „Veräußerung des Grundstücks“ anzusehen, wenn er das Recht hat, jederzeit ohne Zustimmung der anderen Gesellschafter aus der Gesellschaft auszuscheiden.

(BFH, Urt.v. 23.1.1991 – II B 69/89 – RPKU 1.056/91)

Verjährung des Regreßanspruchs gegen Notar, § 852 BGB

Bei Schadenersatzansprüchen aus § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB und § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO beginnt die Verjährungsfrist bereits dann zu laufen, wenn der Geschädigte weiß, daß die anderweitige Ersatzmöglichkeit den Schaden mindestens teilweise nicht deckt, und ihm daher die Erhebung einer Feststellungsklage zuzumuten ist (gegen BGH NJW 1977, 198).

(BGH, Urt.v. 26.11.1987 – IX ZR 162/86)

Beratungspflichten des Steuerberaters/Anwaltes

- fehlerhafte, den Mandanten begünstigende
Rechtsauffassung des FA
 - Verjährung des Schadenersatzanspruchs
 - unerlaubte Rechtsberatung
- (BGH, Urt. v. 7.5.1992 – IX ZR 151/91)

Leitsätze:

1. Darf der Steuerpflichtige aufgrund des Verhaltens des Finanzamts darauf vertrauen, dieses werde an der für ihn günstigen Beurteilung eines bestimmten Sachverhalts auch in Zukunft festhalten, hat der steuerliche Berater seine Empfehlungen und Belehrungen in der Regel selbst dann danach auszurichten, wenn er persönlich die Sach- und Rechtslage anders beurteilt.
 - a) Veranlaßt der steuerliche Berater, daß das Finanzamt von einer Beurteilung im Betriebsprüfungsbericht, die dem Mandanten günstig und nicht durch unwahre Angaben beeinflusst ist, später abrückt und infolgedessen einen ihm nachteiligen Bescheid erläßt, hat er den daraus entstandenen Schaden in der Regel selbst dann zu ersetzen, wenn die nunmehr vertretene Auffassung objektiv der Sach- und Rechtslage entspricht.
 - b) Auch gegenüber dem steuerlichen Berater gilt die Vermutung, daß der Mandant sich bei sachgerechter Belehrung beratungsgemäß verhalten hätte.
2. Hat der Auftraggeber aufgrund eines pflichtwidrigen Handelns des steuerlichen Beraters versäumt, zur Umsatzsteuer zu optieren, so ist ein Schaden daraus erst dann entstanden, wenn ein rückwirkender Verzicht auf die Umsatzsteuerbefreiung nicht mehr möglich ist oder feststeht, daß auf der Unterlassung beruhende finanzielle Nachteile nicht mehr beseitigt werden können.
3. Zum Anspruch gegen einen Steuerberater auf Rückzahlung des Honorars, das er für eine steuerliche und allgemein-rechtliche Fragen betreffende Beratung aus Anlaß der Umgestaltung eines Unternehmens erhalten hat.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Pflicht zur Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten und die Verjährungsvorschrift besteht, wenn der Steuerberater vor Mandatsbeendigung aus einem Urteil, einem Schriftsatz oder sonstigen Hinweis den Fehler, der möglicherweise schadenersatzpflichtig macht, hätte erkennen müssen.
2. Der Entwurf der für eine Umwandlung handelsrechtlich erforderlichen Beschlüsse und Erklärungen sowie des Pachtvertrages zwischen einer GbR und einer GmbH stellen eine unerlaubte Rechtsberatung gem. Art. 1 § 1 Rechtsberatungsgesetz dar.

Tatbestand:

Die Kläger waren Gesellschafter der Gebrüder V. KG, die mit Baustoffen handelte und ein Fuhrunternehmen betrieb. Ihr Vater führte als alleiniger Inhaber das Bauunternehmen J.V. Im Herbst 1977 unterbreitete der beklagte Steuerberater den Beteiligten Vorschläge zur Vereinigung beider Betriebe.

Am 6. 1. 1978 verunglückte der Vater der Kläger tödlich. Er wurde von den Klägern je zur Hälfte beerbt. Diese erklärten nach Beratung durch den Beklagten in notarieller Urkunde vom 12. 5. 1978 die Umwandlung beider Firmen nach Maßgabe des Umwandlungsgesetzes in eine GmbH, die in der Folgezeit als „Ing. J.V. Bauunternehmung, Straßenbau, Tiefbau, Hochbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ firmierte. Nachdem die Kläger das vom Vater geerbte Unternehmen als OHG angemeldet hatten, wurde die GmbH am 21. 12. 1978 ins Handelsregister eingetragen. Ihr Geschäftsbeginn wurde auf den 1. 1. 1978 festgelegt. Die Kläger als einzige Gesellschafter wurden auch zu Geschäftsführern bestimmt.

Nicht in die neue GmbH überführt wurde das Grundvermögen beider Gesellschaften. Sowohl der Grundbesitz in der K-Straße 37 als auch das Grundstück am St. Weg mit den im Jahr zuvor fertiggestellten Gebäuden wurde auf eine aus den Klägern gebildete Gesellschaft bürgerlichen Rechts (fortan: GbR) übertragen. Diese verpachtete das Grundstück am St. Weg an die GmbH zu einem monatlichen Zins von 15.000 DM. Eine Verpflichtung zur Zahlung von Mehrwertsteuer enthielt dieser Vertrag nicht. Das Grundstück in der K-Straße wurde im Laufe der Zeit veräußert.

Am 8. 5. 1980 traten in die GmbH vier neue Gesellschafter ein, die insgesamt 50 % der Gesellschaftsanteile übernahmen. Die GbR stellte der GmbH ein Darlehen von 400.000 DM zur Verfügung. Im Herbst 1980 wurde bei der Firmengruppe V. eine Außenprüfung durchgeführt. Der

Bericht der Großbetriebsprüfungsstelle vom 6.1.1981 gelangte zu dem Ergebnis, daß eine Betriebsaufspaltung mit einer daraus folgenden umsatzsteuerlichen Organschaft zwischen der GbR und der GmbH nicht bestehe, weil das Grundstück am St. Weg nicht als wesentliche Betriebsgrundlage der GmbH anzusehen sei. Anläßlich einer Umsatzsteuer-Sonderprüfung im Jahre 1982 optierte der Beklagte namens der GbR hinsichtlich des Pachtvertrags für die Umsatzsteuer rückwirkend ab 1978. Das Finanzamt erließ zwischen Oktober 1981 und Mai 1983 Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 1978 bis 1981 gegen die GbR über insgesamt 75.804,43 DM. Eine Nachzahlung der Umsatzsteuer konnte die GbR von der GmbH nicht mehr erlangen, weil diese Ende des Jahres 1981 in Konkurs gefallen war.

Durch Bescheid vom 16. 3. 1981 stellte das Finanzamt die Einkünfte der GbR aus Vermietung und Verpachtung für 1978 auf 93.570 DM fest. Gegen diesen Bescheid erhob der Beklagte für die Kläger Einspruch und machte geltend, es liege eine Betriebsaufspaltung vor, weil das verpachtete Grundstück eine wesentliche Betriebsgrundlage der GmbH bilde. Bei der GbR handle es sich folglich um ein gewerbliches Unternehmen. Weiter trug er vor, die GmbH habe infolge einer von der Betriebsprüfung aufgedeckten Überbewertung der halbfertigen Bauten in Höhe von 332.101,32 DM in der Schlußbilanz der väterlichen Einzelfirma eine entsprechende Forderung gegen die GbR gebucht, die durch Zahlung erfüllt worden sei. In der Einspruchsentscheidung vom 16. 8. 1983 sah das Finanzamt die Einbringung der Grundstücke in die GbR nunmehr als Betriebsaufspaltung an, lehnte jedoch die Kürzung des Gewinns um den Betrag von 332.101,32 DM ab, weil die Zahlung nicht glaubhaft gemacht sei. Gegen diesen Bescheid erhob der Beklagte Klage beim Finanzgericht M. Die Klage wurde im Jahre 1985 zurückgenommen.

Der Beklagte führte für die Kläger vor dem Finanzgericht zahlreiche weitere Verfahren, von denen in der Revision noch folgende von Bedeutung sind: Die Klagen betrafen die Feststellungsbescheide zu den Einkünften der Kommanditgesellschaft für die Jahre 1977/78. Der Beklagte wollte damit erreichen, daß die Veräußerungsgewinne gemäß §§ 20 UmwStG, 34 EStG tarifbegünstigt besteuert wurden. Diese Klagen wurden in den Jahren 1985/86 zurückgenommen. Die Klagen richteten sich gegen die Einkommensteuerbescheide der Kläger und ihrer Ehefrauen für die Jahre 1977 bis 1979. Sie wurden ebenfalls 1985 zurückgenommen.

Mit der am 20. 2. 1986 erhobenen Klage nehmen die Kläger den Beklagten auf Rückgewähr gezahlten Honorars, Zahlung von Schadenersatz und Feststellung seiner Haftung für weitergehende Schäden in Anspruch.

Sie werfen ihm zahlreiche Beratungsfehler im Zusammenhang mit der Umwandlung der Gesellschaft und den in den nachfolgenden Jahren ergangenen Steuerbescheiden vor und sind der Auffassung, die von ihm eingereichten Klagen seien teilweise unzulässig und im übrigen zum Erreichen der damit verfolgten steuerlichen Ziele ungeeignet gewesen.

Die hierauf gegründeten Feststellungsanträge hat das Berufungsgericht abgewiesen mit Ausnahme des Antrags festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet ist, den Klägern den dadurch entstandenen Schaden zu ersetzen, daß er gegenüber dem Finanzamt darauf bestand, den im Pachtvertrag vereinbarten Pachtzins von monatlich 15.000 DM als Nettobetrag ohne Mehrwertsteuer der Berechnung der Umsatzsteuer zugrunde zu legen. Mit der Revision verfolgen die Kläger noch die Anträge festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet ist, ihnen den Schaden zu ersetzen

- der darauf beruhe, daß er ihnen für das Pachtverhältnis nicht zur Umsatzsteueroption geraten und diese Empfehlung erst nach dem Konkurs gegeben habe,
- der daraus entstanden sei, daß er nach der Betriebsprüfung im Jahre 1980 gegenüber dem Finanzamt die Auffassung durchgesetzt habe, es liege eine Betriebsaufspaltung vor,
- der durch das Verfahren über die Anwaltsgebühren hinaus entstanden sei.

Die Zahlungsklage hat das Oberlandesgericht vollständig abgewiesen. Mit der Revision begehren die Kläger Ersatz der ihnen in den genannten Gerichtsverfahren entstandenen Kosten und Auslagen in Höhe von 12.222,41 DM sowie Rückzahlung der angeblich für die Ausarbeitung der Gesellschafterbeschlüsse zur Umwandlung gezahlten Vergütung von 4.469 DM; denn der Beklagte habe insoweit unerlaubte Rechtsberatung geleistet.

Aus den Gründen:

A. Feststellung der Schadenersatzpflicht wegen fehlerhafter Beratung zur Umsatzsteueroption beim Pachtvertrag:

....

- 1. Ein Steuerberater hat seinem Auftraggeber von sich aus die bedeutsamen steuerlichen Fragen, die bei der Erledigung eines Auftrags auftauchen, darzulegen und ihn über die steuerrechtlichen Folgen in Frage kommender rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten zu belehren**

(BGH, Urt. v. 6. 12. 1979 – VII ZR 19/79, WM 1980, 308, 309; v. 2. 6. 1981 – VI ZR 148/79, VersR 1981, 1029; Urt. v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90, WM 1992, 238, 239). Der Abschluß des Pachtvertrages vom 23. 2. 1978 zwischen der GbR und der GmbH erfolgte aufgrund des vom Beklagten aus steuerlichen Gründen entwickelten Konzepts, das Grundvermögen nicht auf die neu gegründete GmbH, sondern die GbR als Besitzgesellschaft zu übertragen. Der Beklagte, den die Kläger mit ihrer ständigen und umfassenden Beratung betraut hatten, kannte den Pachtvertrag. Er hatte daher die Frage zu prüfen, ob die Verpachtung des Grundstücks steuerfrei bleiben (§ 4 Nr. 12 UStG) oder gemäß § 9 UStG auf die Steuerbefreiung verzichtet werden sollte, die Kläger über die steuerlichen Folgen beider Alternativen zu belehren und ihnen dementsprechend einen sachgerechten Vorschlag zu unterbreiten.

2. Gemäß § 4 Nr. 12 Buchst. a UStG sind Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken umsatzsteuerfrei. Jedoch kann der Unternehmer einen solchen Umsatz als steuerpflichtig behandeln, wenn er ihn an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausführt (§ 9 Abs. 1 UStG). Danach waren die in der GbR verbundenen Kläger grundsätzlich berechtigt, zur Umsatzsteuer zu optieren; denn Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuerrechts ist auch jeder Privatmann, der aus der Nutzung seines Grundbesitzes fortlaufend Einnahmen zieht (Bunjes/Geist, UStG 3. Aufl. § 2 Anm. 3).
- a) **Die BGB-Gesellschaft hatte ein erhebliches Interesse daran, auf die Steuerbefreiung zu verzichten. Auf dem verpachteten Grundstück hatte die Gebrüder V. KG im Jahre 1977 ein Gebäude errichtet. In den Herstellungskosten von 1.672.391 DM waren ca. 180.000 DM an Umsatzsteuer enthalten, die als Vorsteuer (§ 15 UStG) abgezogen worden waren. Mit der Übertragung des Grundstücks auf die GbR änderten sich im folgenden Jahr die Verhältnisse, die für den Vorsteuerabzug maßgebend waren. Das Betriebsgebäude wurde vom neuen Eigentümer zum Zwecke der Vermietung, einem nach § 4 Nr. 12 Buchst. a UStG steuerfreien Umsatz, eingesetzt. Damit drohte eine Verpflichtung zur Rückzahlung der abgezogenen Vorsteuer nach § 15 a UStG. Da eine Änderung der Verhältnisse im Sinne dieser Vorschrift nicht eintrat, wenn das Grundstück weiterhin zur Erzielung steuerpflichtiger Umsätze verwendet wurde, konnte durch eine Option nach § 9 UStG das Entstehen einer solchen Forderung des Fiskus verhindert werden. Der Verzicht auf die Steuerbefreiung bedeutete weder für die Kläger noch die GmbH eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung, weil die Verpächterin die Zahlung des Pachtzinses von 15.000 DM zuzüglich Umsatzsteuer vereinbaren**

und die GmbH die an die GbR gezahlte Umsatzsteuer gegenüber dem Finanzamt wiederum als Vorsteuer in Abzug bringen konnte.

- b) Die Umsätze zwischen der GbR und der GmbH stellten allerdings dann steuerlich von vornherein unbeachtliche Innenumsätze dar, wenn zwischen beiden Gesellschaften ein Organschaftsverhältnis bestand. Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG wird die gewerbliche oder berufliche Tätigkeit nicht selbständig ausgeübt, wenn eine juristische Person nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in ein Unternehmen eingegliedert ist. In einem solchen Fall werden alle von der Organgesellschaft durchgeführten Leistungen als Umsätze des Organträgers behandelt, während alle Leistungsbewegungen zwischen Organ und Organträger steuerlich bedeutungslos bleiben (Bunjes/Geist, § 2 Anm. 30). Eine solche umsatzsteuerliche Organschaft wird regelmäßig bei einer Betriebsaufspaltung angenommen. Diese setzt voraus, daß die Anteile an der Betriebs-GmbH dem Besitzunternehmer oder dessen Gesellschaftern zumindest mehrheitlich gehören – finanzielle Eingliederung –, das vom Besitzunternehmen an die Betriebs-GmbH verpachtete Anlagevermögen es der GmbH erst ermöglicht, ihr Unternehmen weiterzuführen, also die wesentliche Betriebsgrundlage bildet – wirtschaftliche Eingliederung – und eine einheitliche Willensbildung in beiden Unternehmen gewährleistet ist – organisatorische Eingliederung (vgl. BFH BStBl III 1967, 103; Brandmüller, Die Betriebsaufspaltung nach Handels- und Steuerrecht, 5. Aufl. Rdnr. C 160, E 93 f; Bunjes/Geist, § 2 Anm. 32 – 35). Die Aufspaltung erfolgt typischerweise so, daß ein bisher einheitliches gewerbliches Unternehmen in der Weise aufgeteilt wird, daß ein Teil des Betriebsvermögens auf eine neu gegründete Betriebskapitalgesellschaft übertragen und der übrige bei der bisherigen Gesellschaft verbleibende, regelmäßig in unbeweglichem Anlagevermögen bestehende Teil an die Betriebsgesellschaft verpachtet wird; dabei gehören deren Anteile entweder der bisherigen Gesellschaft oder ihren Gesellschaftern. Dem rechtlich gleichzustellen ist eine sogenannte unechte Betriebsaufspaltung, bei der Besitz- und Betriebsgesellschaft als Träger selbständiger Unternehmen gegründet, dann jedoch durch die Überlassung von Anlagevermögen miteinander verbunden und in die beschriebene Abhängigkeit voneinander gebracht werden (Brandmüller, Rdnr. A 7 – 9).
- c) Im Streitfall kam eine steuerrechtliche Einordnung von GbR und GmbH als Organgesellschaften in dem beschriebenen Sinne in Betracht, solange die Kläger die Mehrheit der Gesellschaftsanteile an der GmbH besaßen, also für die Zeit bis Mai 1980. Eine solche Beurteilung

hätte umsatzsteuerrechtlich zur Folge gehabt, daß Pachtzinszahlungen unbeachtliche Innenumsätze blieben, die GbR aber die gesamte Umsatzsteuer schuldete, die aufgrund von Leistungen des Betriebsunternehmens anfiel. **Es lag daher ersichtlich im Interesse der Kläger, eine Behandlung der vollzogenen Unternehmensumwandlung als Betriebsaufspaltung zu vermeiden, um die GbR nicht dem Risiko auszusetzen, daß der GmbH die Mittel fehlten, ihr die angefallene Umsatzsteuer zu ersetzen.**

Solange die Kläger einzige Gesellschafter der GmbH waren, lagen finanzielle und organisatorische Eingliederung der Kapitalgesellschaft als Voraussetzungen einer Organschaft vor. Ob das verpachtete Grundstück als wesentliche Betriebsgrundlage anzusehen und deshalb auch eine wirtschaftliche Eingliederung zu bejahen war, ist im wesentlichen Tatfrage (vgl. BFH BStBl II 1981, 480), die die Beteiligten zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich beurteilt haben. **Das Finanzamt selbst hat im Bericht der Betriebsprüfungsstelle vom 6.1.1981 eine Betriebsaufspaltung mit daraus folgender Organschaft verneint,** sich dagegen in der Einspruchsentscheidung vom 16. 8. 1983, betreffend die Einkünfte der GbR für das Jahr 1978, der vom Beklagten mit dem Einspruch vertretenen Betriebsaufspaltungsthese angeschlossen. Im vorliegenden Rechtsstreit hat das Berufungsgericht zu den für die rechtliche Beurteilung maßgeblichen tatsächlichen Umständen keine Feststellungen getroffen.

3. Danach war es zur Wahrung der berechtigten steuerlichen Belange der Kläger grundsätzlich erforderlich, eine Pachtzinszahlung zuzüglich Mehrwertsteuer zu vereinbaren, insoweit auf die Steuerbefreiung gemäß §§ 9, 4 Nr. 12 Buchst. a UStG zu verzichten und zu versuchen, das Finanzamt davon zu überzeugen, daß die Voraussetzungen einer steuerrechtlichen Organschaft nicht gegeben waren. Ein darauf ausgerichtetes Vorgehen entsprach auch dem ursprünglichen Konzept des Beklagten, der eine Umwandlung im Handelsregister hatte eintragen lassen und eine solche, nicht aber eine Betriebsaufspaltung mit daraus folgender umsatzsteuerlicher Organschaft, nach seinem eigenen Vorbringen hatte bewirken wollen.
- a) Diese Verpflichtung entfiel entgegen der Meinung des Berufungsgerichts nicht schon deshalb, weil das Finanzamt damals zunächst den gegenteiligen Standpunkt vertrat – wovon das Berufungsurteil als unstreitig ausgeht. Die lediglich formlos mitgeteilte Auffassung, die das Finanzamt noch nicht zur Grundlage einer von ihm gefällten Entscheidung gemacht hatte, durfte der Beklagte nicht kritiklos hin

nehmen. Kraft des ihm erteilten Auftrags hatte er die Interessen seiner Auftraggeber im steuerlichen Bereich nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen (vgl. dazu BGH, Urt. v. 24. 9. 1986 – IV a ZR 236/84, ZIP 1986, 1468, 1470 f.; v. 25. 2. 1987 – IV a ZR 162/85, WM 1987, 721, 723). **Dabei gelten für den steuerlichen Berater auf seinem Fachgebiet die gleichen Anforderungen, die an die Wahrnehmung der Pflichten aus einem Anwaltsvertrag zu stellen sind.** Der Anwalt hat im Prozeß grundsätzlich den Versuch zu unternehmen, das Gericht davon zu überzeugen, daß und warum die seinem Mandanten günstige Auffassung zutreffend ist (BGH, Urt. v. 5. 11. 1987 – IX ZR 68/86, NJW 1988, 486, 487; v. 28. 6. 1990 – IX ZR 209/89, WM 1990, 1917, 1919). Eine entsprechende Aufgabe obliegt dem Steuerberater gegenüber der Finanzbehörde schon vor dem Erlaß der in Betracht kommenden Bescheide; denn er muß, da er den für seinen Auftraggeber relativ sichersten Weg zu wählen hat, schon eine ihm ungünstige Entscheidung der Behörde möglichst zu vermeiden suchen und darf sich nicht lediglich auf die zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe verlassen.

Daher hatte der Beklagte sich zu bemühen, der Steuerbehörde gegenüber die Merkmale einer Betriebsaufspaltung zu widerlegen und die Anerkennung der Option zur Umsatzsteuer durchzusetzen. Ob und unter welchen Voraussetzungen er von einem solchen Versuch absehen durfte, wenn dem eine von höchstrichterlicher Rechtsprechung bestätigte Auffassung der Steuerbehörde entgegenstand, kann dahingestellt bleiben; denn der Beklagte hat einen solchen Sachverhalt nicht behauptet, obwohl seine spätere Stellungnahme zur Frage der Betriebsaufspaltung gegenüber dem Finanzamt in den Tatsacheninstanzen ausgiebig erörtert worden ist (vgl. unten zu B III).

- b) Darüber hinaus ergibt sich aus dem unstreitigen Sachverhalt eine zusätzliche Pflichtverletzung des Beklagten in den Jahren 1980/1981.
 - aa) Mit dem Eintritt von vier weiteren Gesellschaftern in die GmbH, die 50 % der Anteile übernahmen, hatten die Kläger ab Mai 1980 die Anteilsmehrheit verloren. Zumindest von diesem Zeitpunkt an fehlte es an der Eingliederung der GmbH in die GbR als Voraussetzung für das Vorliegen einer Organschaft. Von nun an wäre eine Umsatzsteuroption selbst dann wirksam geworden, wenn für den davorliegenden Zeitraum der Tatbestand des § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG erfüllt war.
 - bb) Vor allem aber hat der Beklagte es versäumt, nach Erhalt des Betriebsprüfungsberichts vom 6. 1. 1981, der eine Betriebsaufspaltung mit daraus folgender umsatzsteuerlicher Organschaft verneinte,

nachträglich die Option zur Mehrwertsteuer zu veranlassen. Das hätte auch für die Vergangenheit rechtlich wirksam geschehen können, weil die Umsatzsteuer damals noch nicht unanfechtbar festgesetzt worden war (vgl. Bunjes/Geist, § 9 Anm. III).

4. Die Behauptung der Kläger, die GmbH hätte die Umsatzsteuer nachentrichtet, weil sie sie als Vorsteuer gegenüber dem Finanzamt hätte geltend machen können, hat der Beklagte nicht bestritten. Die ihm zur Last fallende schuldhaft Verletzung seiner Berufspflichten ist daher für den von den Klägern geltend gemachten Schaden ursächlich geworden.
5. Die Kläger haben allerdings nicht die Tatsachen vorgetragen, die zu einer Nachprüfung erforderlich sind, ob die Verneinung einer umsatzsteuerlichen Organschaft durch die Finanzbehörde aufgrund der Betriebsprüfung 1980 und der Umsatzsteuersonderprüfung 1982 rechtlich zutreffend war. Darauf kommt es indessen nicht an; denn selbst wenn der Senat bei Kenntnis aller für die rechtliche Einordnung maßgeblichen Tatsachen heute zu dem Ergebnis gelangen würde, im Verhältnis der GbR zur GmbH sei bis Mai 1980 eine umsatzsteuerrechtliche Organschaft zu bejahen, wären die Kläger nicht gehindert, die ihnen entstandenen Nachteile ersetzt zu verlangen.

Die Abgabenordnung schützt durch die Vorschriften über die Bestandskraft (§§ 172 bis 177 AO) und die verbindliche Zusage aufgrund einer Außenprüfung (§§ 204 bis 207 AO) in den dort im einzelnen beschriebenen Grenzen ausdrücklich das Vertrauen des Steuerpflichtigen auf eine ihm günstige steuerrechtliche Auffassung der Behörde, unabhängig davon, ob die Sach- und Rechtslage bei Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens höchststrichterlich ebenso beurteilt würde. Darf der Steuerpflichtige eine ihm günstige Rechtsauffassung der Behörde seinen weiteren Überlegungen und Maßnahmen zugrunde legen, so hat auch der Steuerberater bei der Wahrung der Interessen seines Mandanten – unabhängig von der objektiv zutreffenden Beurteilung der Sach- und Rechtslage – von dieser Grundlage auszugehen und danach seine steuerlichen Empfehlungen und Belehrungen auszurichten.

Darüber hinaus können im Einzelfall Rechtswirkungen zugunsten des Steuerpflichtigen auch von Erklärungen des Finanzamts im Rahmen der Schlußbesprechung und der Bekanntgabe des Prüfungsberichts ausgehen. So ist insbesondere eine tatsächliche Verständigung zwischen dem Steuerpflichtigen und der zuständigen Finanzbehörde

über den der Besteuerung zugrunde zu legenden Sachverhalt zulässig und kann die Behörde nach Treu und Glauben daran hindern, hiervon später zum Nachteil des Steuerpflichtigen abzuweichen (BFHE 142, 549; 162, 211; BFH BStBl II 1991, 45; vgl. auch BFH BStBl III 1955, 92; 1961, 562, 565; 1963, 104; Tipke/Kruse, AO/FGO 14. Aufl. § 201 AO Rdnr. 5; vor § 204 AO Rdnr. 31 f.). Im Anschluß an die Betriebsprüfung bestand zwischen den Beteiligten zunächst Einigkeit, daß die Voraussetzungen der umsatzsteuerlichen Organschaft nicht gegeben waren. Daran hat sich die Finanzbehörde bei den anschließend erlassenen Steuerbescheiden auch gehalten. Sie sah sich infolgedessen später daran gehindert, ihre Auffassung im Bereich der Umsatzsteuer zu Lasten der Kläger zu revidieren, als der Beklagte seine geänderte Ansicht im Einspruchsverfahren gegen die Steuerbescheide zur Gewinnfeststellung vorgetragen hatte. Darauf weist der Schriftsatz des Finanzamts H. vom 29.10.1985 im Verfahren V 2026/84 U Finanzgericht M. ausdrücklich hin. Konnten die Kläger somit auf die Anerkennung der Option zur Mehrwertsteuer durch die Steuerbehörde vertrauen, so erhalten sie durch den Ersatz der Umsatzsteuerbeträge, die die GbR leisten mußte, ohne sie von der GmbH erstattet zu bekommen, nicht etwa, was ihnen steuerrechtlich nicht zugestanden hätte.

III.

Das Berufungsgericht meint, letztlich seien diesbezügliche Ansprüche gemäß § 68 StBerG verjährt. Entwickelte ein steuerlicher Berater für die Umgestaltung verschiedener Unternehmen ein bestimmten steuerliches, in zivilrechtliche Verträge umzusetzendes Konzept, so sei ein daraus resultierender Schaden schon dann entstanden, wenn die zivilrechtliche Gestaltung wirksam geworden sei. Verjährung sei daher spätestens im Laufe des Jahres 1981 eingetreten.

Auch diese Ausführungen halten der revisionsrechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Das Berufungsgericht geht im Ansatz zutreffend davon aus, daß die Verjährung nicht mit dem Abschluß der Außenprüfung begonnen hat, die zur Umsatzsteuer erst Anfang des Jahres 1982 durchgeführt wurde. Das gilt schon deshalb, weil die Kläger selbst nicht behaupten, daß aufgrund dieser Prüfung höhere Steuern festgesetzt wurden (vgl. BGHZ 114, 150, 155).

2. Im Streitfall bildet auch der Zeitpunkt, zu dem die gegen die GbR erlassenen Umsatzsteuerbescheide bestandskräftig geworden sind, keinen geeigneten Anknüpfungspunkt für die Verjährung des Anspruchs.

Der Senat hat bei solchen Schadenersatzansprüchen die Verjährung mit der Bestandskraft des Steuerbescheides beginnen lassen, die darauf beruhen, daß der Bescheid aufgrund einer Pflichtwidrigkeit des Steuerberaters Steuern zu hoch festgesetzt hat (grundlegend BGHZ 114, 150, 153). Ob dies nur dann gilt, wenn dem Steuerberater Fehler in der Steuererklärung, Buchführung und Bilanz unterlaufen (so Gräfe EWiR 1991, 609, 610) oder diese Rechtsprechung auf alle Schäden anzuwenden ist, die erst durch einen Akt des Finanzamts eintreten, braucht hier nicht entschieden zu werden; denn der von den Klägern geltend gemachte Nachteil beruht nicht darauf, daß das Finanzamt Umsatzsteuerbescheide zu Lasten der GbR erlassen hat. Diese wären vielmehr auch ergangen, wenn der Beklagte, wie es die Kläger zu Recht von ihm fordern, rechtzeitig zur Umsatzsteuer optiert hätte. Auch in diesem Falle wären die Kläger in der Höhe zur Umsatzsteuer herangezogen worden, die durch die Bescheide für 1978 bis 1981 festgesetzt worden ist. **Der geltend gemachte Schaden liegt vielmehr darin, daß die GbR die von ihr zu leistenden Umsatzsteuerbeträge nicht mehr von der GmbH erhalten konnte.**

Diese Tatsache stand erst am 18.12.1981 fest, als die GmbH ihre Zahlungen einstellte. Früher ist der Schaden nicht eingetreten, weil eine bis zum Wirksamwerden des Pachtvertrages zurückwirkende Option zur Umsatzsteuer möglich war und der Beklagte nicht behauptet hat, die GmbH sei schon früher leistungsunwillig oder – unfähig gewesen.

3. Die Verjährung des Primäranspruchs endete daher am 18.12.1984. Der Beklagte darf sich jedoch auf den Ablauf dieser Verjährung nicht berufen, weil er die Kläger zuvor auf die Möglichkeit der eigenen Haftung und die maßgeblichen Verjährungsvorschriften hätte hinweisen müssen.

Eine solche Pflicht besteht immer dann, wenn der Steuerberater vor Beendigung des Mandats aus einem Urteil, einem Schriftsatz oder einem sonstigen Hinweis hätte erkennen müssen, daß er sich möglicherweise schadenersatzpflichtig gemacht hat. Die in der Unterlassung des gebotenen Hinweises liegende erneute Pflichtverletzung begründet die Sekundärhaftung, die dahin geht, den Kläger so zu stellen, als seien die Regreßansprüche nicht verjährt (BGHZ 114, 150, 157 ff.).

Ein solcher begründeter Anlaß bestand für den Beklagten, als er sich aufgrund der Umsatzsteuersonderprüfung im Jahre 1982 veranlaßt sah, nachträglich zur Mehrwertsteuer zu optieren. Damals hätte er erkennen können, daß er diese Erklärung schon zu einer Zeit hätte abgeben müssen, als die GmbH noch leistungsfähig war.

4. Ob zu diesem Zeitpunkt das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 20.1.1982 zur Belehrungspflicht des Steuerberaters (BGHZ 83, 17) schon bekannt geworden war, kann offenbleiben. Jedenfalls hätte der Beklagte lange vor dem Ende der Primärverjährung von dieser Entscheidung erfahren müssen. Von diesem Zeitpunkt an ist es ihm als Verschulden zuzurechnen, daß er die Kläger nicht auf die gegen ihn begründeten Ansprüche hingewiesen hat.
5. Der Sekundäranspruch verjährte drei Jahre nach Verjährung des Primäranspruchs (BGHZ 94, 380 = GI 32/85), hier also am 18.12.1987. Die zu diesem Zeitpunkt bereits erhobene Klage hat die Verjährung unterbrochen (§ 209 Abs. 1 BGB). Der in der Klageschrift enthaltene Feststellungsantrag genügte den Anforderungen des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO jedenfalls hinsichtlich des hier geltend gemachten Anspruchs; denn der Pachtvertrag zwischen der GbR und der GmbH und die Beratung zur Frage der Umsatzsteuer-Option sind darin ausdrücklich angesprochen. Aus der Klagebegründung ergibt sich zudem hinreichend, auf welchen Sachverhalt die Kläger den Anspruch stützen wollen.

IV.

Das Feststellungsbegehren erweist sich somit in diesem Umfang als begründet, ohne daß es einer weiteren Tatsachenaufklärung bedarf. Der Senat kann folglich unter Aufhebung des angefochtenen Urteils in der Sache selbst entscheiden (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO).

B. Feststellung der Schadenersatzpflicht wegen fehlerhafter Beratung, die Unternehmensumgestaltung als Betriebsaufspaltung darzustellen:

I.

Dieser Feststellungsantrag ist ebenfalls zulässig. Die Kläger haben in den Tatsacheninstanzen dargelegt, daß aufgrund der Annahme einer Betriebsaufspaltung gegen die GbR Gewerbesteuerbescheide ergangen und die insoweit eingeleiteten finanzgerichtlichen Verfahren noch nicht abgeschlossen seien. Damit ist der Schaden nicht abschließend bezifferbar, die Beschränkung auf eine Leistungsklage also nicht möglich.

II.

Das Berufungsgericht hat einen Schadenersatzanspruch der Kläger mit der Begründung verneint, der Beklagte habe nicht schuldhaft gehandelt, als er später eine Betriebsaufspaltung geltend gemacht habe. Die Gefahr, daß das Finanzamt eine Umsatzsteuerorganschaft bejahe, habe zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bestanden. Dadurch, daß der Beklagte diesen Weg gegangen sei, hätten die Verluste aus der Beteiligung an der GmbH noch bei der seinerzeit mit Gewinn arbeitenden GbR abgeschrieben werden können. Ohne die Betriebsaufspaltung wäre der Verlustabzug nicht nach § 17 EStG möglich gewesen, weil die Kläger ihre beherrschende Stellung in der GmbH ab Mai 1980 verloren hätten. Trotz möglicher Nachteile bei der Gewerbesteuer habe der Beklagte davon ausgehen dürfen, diese Handhabung sei insgesamt vorteilhafter.

Diese Ausführungen greift die Revision zutreffend als rechtsfehlerhaft an.

1. Das Finanzamt hatte sich aufgrund der Betriebsprüfung vom Herbst 1980 in der tatsächlich und rechtlich schwierigen Frage, ob eine Betriebsaufspaltung oder eine Umwandlung anzunehmen sei, für letzteres entschieden. Der Beklagte, der die Belange der Kläger bestmöglich zu wahren hatte, durfte im Jahre 1981 nur dann dem Finanzamt gegenüber auf die These der Betriebsaufspaltung umwechseln, wenn dies seinen Mandanten bei einer Gesamtbetrachtung steuerlich zum Vorteil diene. Erwies sich dagegen die Annahme einer Umwandlung für die Kläger als günstiger, so hatte er als deren Interessenvertreter weiterhin diese rechtliche Sicht gegenüber dem Finanzamt zu vertreten; denn er behauptet nicht, daß er damit wider besseres Wissen unwahre Tatsachen hätte vortragen müssen.
2. Die Betriebsaufspaltungsthese war nicht geeignet, den Klägern steuerliche Vorteile zu bringen; sie erwies sich vielmehr für sie als nachteilig.
 - a) Durch die Darstellung der Unternehmensumgestaltung als Betriebsaufspaltung wurde den Klägern die Möglichkeit genommen, die Aufdeckung stiller Reserven anlässlich einer Umwandlung tarifbegünstigt zum halben Steuersatz zu versteuern (§§ 20 Abs. 5 UmwStG, 34 Abs. 1 EStG). Diese Möglichkeit besteht grundsätzlich auch dann, wenn anlässlich der Einbringung eines Unternehmens unwesentliche Teile der Sacheinlage ins Privatvermögen überführt werden (vgl. dazu Widmann/Mayer, Umwandlungsrecht Bd. III Rdnr. 6794 ff, 7256; Herrmann/Heuer/Raupach, Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz 19. Aufl. § 20 UmwStG Rdnr. 154, 171; Lademann/Söffing/Brockhoff, Kommentar zum Einkommensteuergesetz § 20 UmwStG

Rdnr. 57). Dagegen findet § 20 UmwStG auf eine Betriebsaufspaltung keine Anwendung (Schreiben des Bundesministers der Finanzen v. 16. 6. 1978, Tz. 49, BStBl I 1978, 235, 243 und v. 25. 1. 1985, BStBl I 1985, 97; Widmann/Mayer Rdnr. 6804; Herrmann/Heuer/Raupach, § 20 UmwStG Rdnr. 18; Lademann/Söffing/Brockhoff, § 20 UmwStG Rdnr. 11; vgl. auch BFH BStBl II 1981, 480). Das Finanzamt hat infolgedessen die Gewährung des halben Steuersatzes in den Entscheidungen, die sich der Betriebsaufspaltungsthese angeschlossen haben – zum Beispiel der Einspruchsentscheidung vom 10. 11. 1983 –, unter Hinweis auf diese in Schrifttum und Praxis ganz herrschende Auffassung abgelehnt.

- b) Der Beklagte verteidigt sein Vorgehen außerdem damit, nur bei Annahme einer Betriebsaufspaltung sei es möglich gewesen, die Verluste aus der Beteiligung an der GmbH mit den Gewinnen der GbR zu verrechnen. Auch dies ist nicht zutreffend.

Die Überbewertung der aus der Firma des Vaters stammenden halbfertigen Bauten um 332.101,32 DM begründete einen entsprechenden Barzahlungsanspruch der GmbH gegen die Kläger gemäß § 9 GmbHG. Die Leistung dieses Betrages konnte im Zusammenhang mit dem Konkurs der GmbH im Jahre 1981 gemäß § 17 Abs. 4 EStG als Verlust geltend gemacht werden. Dem steht nicht entgegen, daß die Kläger ab Mai 1980 keine wesentliche, das heißt über einem Viertel liegende Beteiligung (§ 17 Abs. 1 Satz 3 EStG) mehr besaßen; denn es genügt, daß die wesentliche Beteiligung zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten fünf Jahre bestanden hat (Schmidt, § 17 Anm. 171). Demgemäß hat das Finanzamt nach dem Vorbringen der Kläger, das der Beklagte nicht bestritten hat, auch tatsächlich § 17 Abs. 4 EStG angewandt.

- c) Schließlich hatte die vom Beklagten vertretene Meinung zur Folge, daß die GbR als Gewerbebetrieb eingestuft und daher zur Gewerbesteuer veranlagt wurde. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs unterliegt bei einer Betriebsaufspaltung die Besitzgesellschaft, die Grundstücke verpachtet, die eine wesentliche Betriebsgrundlage für die Betriebsgesellschaft bilden, gemäß § 2 Abs. 1, Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 GewStG der Gewerbesteuer (BFHE 103, 440; 145, 401, 403; 146, 266, 269). Ob die Kläger endgültig Gewerbesteuer zahlen müssen, steht noch nicht fest. Das insoweit anhängige finanzgerichtliche Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

3. Der Beklagte hätte erkennen müssen, daß das Umschwenken auf die Argumentation einer Betriebsaufspaltung den Klägern keine Vorteile

bringen, sie vielmehr gewerbesteuerrechtlich sowie durch den Ausschluß der Tarifbegünstigung nach § 20 UmwStG erheblich benachteiligen würde. Schon deshalb hat er schuldhaft gehandelt. Es kann daher offenbleiben, ob er die Kläger daneben auch der Gefahr ausgesetzt hat, daß das Finanzamt seine Auffassung zur Umsatzsteuer änderte, mit der Folge, daß die Kläger für die bis 1. 5. 1980 begründete Umsatzsteuerschuld der GmbH hätten haften müssen, oder ob zu diesem Zeitpunkt schon eine Erklärung der Behörde vorlag, sie sehe sich aus Gründen von Treu und Glauben gebunden, insoweit von einer Umwandlung auszugehen, weil die Betriebsprüfung des Jahres 1980 zu diesem Ergebnis gelangt war.

4. Die Kläger haben zumindest die Möglichkeit eines ihnen durch den Ausschluß des tarifbegünstigten Steuersatzes (§§ 20 Abs. 5 UmwStG, 34 Abs. 1 EStG) und die Heranziehung der GbR zur Gewerbesteuer entstandenen Schadens hinreichend dargetan.
5. Diese Ansprüche waren bei Klageerhebung nicht verjährt, weil drei Jahre zuvor noch das Vertragsverhältnis zum Beklagten bestand und zu diesem Zeitpunkt über die Einsprüche betreffend die Bescheide zur Gewinnfeststellung 1977 und 1978, bei denen es um die Anwendung des § 20 Abs. 5 UmwStG ging, nicht entschieden war (vgl. BGHZ 114, 150, 153). Die später bestandskräftig gewordenen Gewerbesteuermeßbescheide für 1978 und 1979 sind erst am 6. 9. und 15. 12. 1983 ergangen.
6. Der Senat kann daher auch insoweit unter Aufhebung des Berufungsurteils dem Feststellungsantrag der Kläger stattgeben (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO).

C. Schadenersatz wegen der Kosten unnötiger finanzgerichtlicher Verfahren:

I – III

.....

IV. Die Verfahren XII 5139 – 5140 – 5141/83 E:

1. Gegenstand dieser Verfahren waren Klagen gegen Einkommensteuerbescheide für die Jahre 1977 bis 1979. Diese Klagen waren unzulässig, weil es in der Sache um die in den Grundlagenbescheiden enthaltenen Entscheidungen ging und diese nicht auch durch Anfechtung des Folgebescheides angegriffen werden können (§§ 42 FGO, 351 Abs. 2 AO). Gleichwohl sieht das Berufungsgericht in der Klageerhebung

keine schuldhafte Pflichtverletzung des Beklagten. Da die Kläger damals in einer schlechten finanziellen Situation gewesen seien, habe verhindert werden sollen, daß vor einer eventuell aufgrund des Rechtsmittels erreichten Änderung des Grundlagenbescheides aus den Einkommensteuerbescheiden die Zwangsvollstreckung betrieben werde. Aus diesem Grunde habe der Beklagte sowohl die Aussetzung der Vollziehung als auch die Aufhebung des Bescheides vom 1. 2. 1984 mit der Aufforderung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung beantragt. Auch diese Ausführungen bekämpft die Revision mit Erfolg.

2. **Der Anwalt oder Steuerberater, der für seinen Mandanten eine unzulässige Klage erhebt, handelt in der Regel pflichtwidrig**, wenn feststeht, daß er die für die Beurteilung der Sachurteilsvoraussetzungen notwendigen Tatsachen kannte oder bei sorgfältiger Aufarbeitung des ihm mitgeteilten Streitstoffs hätte erkennen müssen; denn eine unzulässige Klage kann in aller Regel für den Auftraggeber nur nachteilig sein. **Vertragsgemäß ist ein solches Handeln des Steuerberaters nur unter der Voraussetzung, daß der Auftraggeber trotz eindringlicher und umfassender Beratung zur Rechtslage und den von dem Rechtsstreit ausgehenden Wirkungen die Weisung zur Erhebung der Klage erteilt** (vgl. zur Anwaltshaftung BGH, Urt.v. 20. 3. 1984 – VI ZR 154/82, NJW 1985, 42, 43; v. 28. 6. 1990 – IX ZR 209/89, GI 90, 209 = WM 1990, 1917, 1920).

Ob – wie die Revision meint – der steuerliche Berater, der eine unzulässige Klage erhoben hat, die erforderliche Belehrung und den ihm erteilten Auftrag beweisen muß, braucht der Senat hier nicht zu entscheiden, weil die vom Beklagten erteilte Belehrung schon nach seinem eigenen Vorbringen unvollständig und die Klageerhebung jedenfalls aus diesem Grunde pflichtwidrig war. Der Beklagte bringt vor, die Klage mit den Klägern abgesprochen zu haben, um eine Aussetzung der Vollziehung des Steuerbescheides zu erreichen. Dabei verkennt er, daß ein Folgebescheid nicht selbständig aussetzungsfähig ist, soweit es um die im Grundlagenbescheid festzustellenden Besteuerungsgrundlagen geht (BFH BStBl II 1978, 227, 228; Tipke/Kruse, § 69 FGO Rdnr. 5 Stichwort: Folgebescheid). Vielmehr ist, soweit die Vollziehung eines Grundlagenbescheids ausgesetzt wird, auch dessen Folgebescheid von Amts wegen auszusetzen (§ 69 Abs. 2 Satz 4 FGO). Für die Klageerhebung gab es daher auch unter dem Gesichtspunkt der Aussetzung der Vollziehung keinen vernünftigen Grund. Infolgedessen hat das Finanzgericht den Antrag auf Aussetzung der Vollziehung nicht einmal beschieden und im Termin vom 9. 8. 1985 lediglich auf die Unzulässigkeit der Klagen hingewiesen.

3. Die bei der Anwaltshaftung geltende Vermutung, daß der Mandant sich bei sachgerechter Belehrung Beratungsgemäß verhalten hätte BGH, Urt.v. 29.3.1983 – VI ZR 172/81, NJW 1983, 1665, 1666; v. 26.9.1991 – IX ZR 242/90, NJW 1992, 240, 241), findet auf Regreßprozesse gegen Steuerberater entsprechende Anwendung; denn die die Vermutung begründenden Erfahrungstatsachen sowie die Interessenlage sind die gleichen, (BGH, Urt.v. 7.11.1991 – IX ZR 288/90, WM 1992, 238, 240). Daher ist anzunehmen, daß die Klagen gegen die Einkommensteuerbescheide nicht erhoben worden wären, wenn der Beklagte seine Auftraggeber umfassend und sachgerecht belehrt hätte.
4. Der Beklagte hat den Klägern daher auch die in diesem Verfahren entstandenen notwendigen Aufwendungen zu erstatten. Sie belaufen sich auf $2 \times 116,90 + 111,90 \text{ DM} = 345,70 \text{ DM}$ Gerichtskosten und mindestens $3 \times 358,30 = 1.074,90 \text{ DM}$ Anwaltsgebühren. In Höhe weiterer Anwaltsgebühren von $3 \times 240,54 \text{ DM} = 721,62 \text{ DM}$ für je eine Erörterungsgebühr ist die Sache aus den genannten Gründen an die Vorinstanz zurückzuverweisen.

D. Bereicherungsanspruch wegen unerlaubter Rechtsberatung:

Schließlich rügt die Revision zu Recht, das Berufungsgericht sei nicht auf das Vorbringen der Kläger eingegangen, der Beklagte schulde die Rückzahlung eines Teils des erhaltenen Honorars auch wegen unerlaubter Rechtsberatung.

1. Die Kläger haben schon in der Klageschrift ihre Ansprüche teilweise auch auf ungerechtfertigte Bereicherung gestützt, weil der Beklagte durch den Entwurf von Verträgen und ähnlichen Willenserklärungen gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen habe. Gegenstand des bezifferten Teils der Klage ist die Rückforderung eines auf „Rechnungen des Beklagten für die fehlerhaften Gesellschafterbeschlüsse 1977 bis 1978“ geleisteten Betrages von 4.469 DM. Das Landgericht hat den Klägern diese Summe unter dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung wegen mangelhafter Beratung zugesprochen und sich infolgedessen mit der Frage der unerlaubten Rechtsberatung nicht befaßt. Die Kläger sind hierauf in der Berufungsinstanz nicht ausdrücklich zurückgekommen, haben sich jedoch am Ende der Berufungserwiderung auf ihr gesamtes erstinstanzliches Vorbringen bezogen.

Nach § 537 ZPO sind Gegenstand der Verhandlung und Entscheidung des Berufungsgerichts alle einen zuerkannten oder aberkannten

Anspruch betreffenden Streitpunkte, über die nach den Anträgen eine Entscheidung erforderlich ist, selbst wenn darüber im ersten Rechtszug nicht entschieden wurde. Die tatsächlich und rechtlich abweichende Begründung eines bereits anderweitig hergeleiteten Anspruchs ist ebenfalls ein Gesichtspunkt, den das Berufungsgericht grundsätzlich auch dann beachten muß, wenn die erstinstanzliche Darstellung in der Berufungsinstanz nicht ausdrücklich wiederholt worden ist (Zöller/Schneider, ZPO 17. Aufl. § 537 Rdnr. 1; vgl. auch BGH, Urt. v. 29. 4. 1986 – IX ZR 145/85, ZIP 1986, 787, 789; v. 15. 12. 1988 – IX ZR 33/88, WM 1989, 581). Das Berufungsgericht hätte folglich in diesem Umfang die Zahlungsklage nicht abweisen dürfen, ohne sich mit dem Anspruch aus §§ 812, 134 BGB in Verbindung mit Art. 1 § 1 RBerG zu befassen. Da es dies versäumt hat und jener Teil der Anspruchsbegründung ein selbstständiges Angriffsmittel darstellt, ist die angefochtene Entscheidung insoweit nicht mit Gründen versehen. Sie enthält folglich einen absoluten Revisionsgrund (§ 551 Nr. 7 ZPO).

2. Insoweit kann der Senat nicht in der Sache selbst entscheiden; denn der Anspruch hängt von Voraussetzungen ab, die noch der tatrichterlichen Aufklärung bedürfen.
- a) Die Klage ist schlüssig; denn die Kläger behaupten, der Beklagte habe auch die Entwürfe für die handelsrechtlich zur Umwandlung erforderlichen Erklärungen gefertigt. Der Beklagte, der als Steuerberater nicht gleichzeitig Rechtsanwalt oder Rechtsbeistand war, hatte sich bei seiner Tätigkeit auf die in § 1 StBerG genannten Rechtsgebiete zu beschränken. **Fragen allgemein-rechtlicher Art, die nicht zu seinem beruflichen Wirkungskreis gehörten – insbesondere auch die Abfassung von Gesellschaftsverträgen – hatte er daher zu unterlassen** (vgl. BGH, Urt. v. 27. 5. 1963 – II ZR 168/61, NJW 1963, 2027; v. 5. 6. 1985 – IVa ZR 55/83, GI 33/85 = NJW 1986, 1050, 1051). Die handelsrechtliche Umgestaltung der bestehenden Firmen durfte der Beklagte damit nicht übernehmen, weil ihm für eine solche Aufgabe die sachliche und fachliche Qualifikation fehlte. Dem kann er nicht entgegenhalten, daß sich je nach Art der Gestaltung steuerrechtlich unterschiedliche Folgen ergaben. **Wirft die rechtliche Umgestaltung bestehender Unternehmen komplexe Fragen sowohl steuerlicher als auch allgemein-rechtlicher Art auf, bedarf der Auftraggeber einer fachkundigen Beratung auf beiden Rechtsgebieten.** Der Steuerberater wird in seinem beruflichen Aufgabenbereich grundsätzlich nicht unbillig eingeschränkt, wenn ein Rechtsanwalt für die Gestaltung der zivilrechtlich erforderlichen Erklärungen hinzugezogen wird. **Der Steuerberater kann dabei mitwirken, soweit es um die steuerlichen Folgen der in Betracht kommen**

den rechtlichen Regelung geht. Er vermag auch durch Darstellung des gewünschten steuerrechtlichen Erfolges wesentliche Vorgaben für den Inhalt der gesellschaftsrechtlich erforderlichen Beschlüsse zu liefern. Die Notwendigkeit, auch außerhalb des Steuerrechts für den Mandanten beratend tätig zu sein, ergibt sich daraus nicht. In diesem Sinne beschränken auch §§ 1, 33 StBerG die dem Steuerberater obliegenden Aufgaben.

Daraus folgt im Streitfall, daß die Parteien Honorarforderungen des Beklagten wirksam nur für die steuerliche Beratung im Zusammenhang mit der Umwandlung, nicht aber für den Entwurf der dazu handelsrechtlich erforderlichen Beschlüsse und Erklärungen sowie des Pachtvertrages zwischen GbR und GmbH begründen konnten. Soweit der Beratungsvertrag eine nach Art. 1 § 1 RBerG unerlaubte Tätigkeit des Beklagten umfaßte, ist er gemäß § 134 BGB nichtig. **Da die auf allgemein-rechtlichem Gebiet geleistete Beratung nach dem Vorbringen der Kläger mangelhaft und infolgedessen wertlos war, können sie das darauf gezahlte Honorar nach § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB zurückfordern** (vgl. BGHZ 37, 258, 261; 50, 90, 92; 70, 12, 17).

- b) Der Beklagte behauptet indessen, die Beratung hinsichtlich der gesellschaftsrechtlichen Veränderung und deren Realisierung sei dem Rechtsanwalt und Notar T. übertragen worden. Beide Parteien haben sich zum Nachweis ihres Vorbringens auf dessen Zeugnis bezogen. Zur Klärung dieses Anspruchs ist daher weitere Tatsachenaufklärung erforderlich. Die Parteien werden dann auch Gelegenheit haben, substantiiert auszuführen, welche Tätigkeiten die streitgegenständlichen Rechnungen über 4.469 DM im einzelnen umfassen.
- c) **Sollte die Beweisaufnahme ergeben, daß der Beklagte ein Honorar auch für unerlaubte Rechtsberatung erhalten hat, wird das Berufungsgericht weiter aufklären müssen, ob die Kläger durch die Tätigkeit des Beklagten ansonsten angefallene Aufwendungen erspart haben. Gegebenenfalls wird zu prüfen sein, ob der Beklagte sich des Verstoßes gegen das gesetzliche Verbot bewußt war und infolgedessen dem zu seinen Gunsten in Betracht kommenden Bereicherungsanspruch die Vorschrift des § 817 Satz 2 BGB entgegensteht** (vgl. BGH 37, 258, 264; 50, 90, 92; 70, 12, 17 f).

Fehlgeschlagene Kapitalanlage

– Schaden

(BGH, Urt. v. 4. 12. 1991 – II ZR 141/90 – VersR 92, 617)

Leitsatz:

Wird ein Kapitalanleger durch schuldhaft unrichtige Angaben bewogen, einer Publikumsgesellschaft beizutreten, so ist ihm nicht nur seine Einlage, sondern auch der Schaden zu ersetzen, der sich typischerweise daraus ergibt, daß Eigenkapital in solcher Höhe erfahrungsgemäß nicht ungenutzt geblieben, sondern zu einem allgemein üblichen Zinssatz angelegt worden wäre.

Aus den Gründen:

.....

4. a) Voraussetzung dieses Anspruchs ist allerdings, daß die Vermögensnachteile, die der Beklagte durch den Beitritt erlitten hat, ausgeglichen sind, daß er nicht noch Anspruch auf Ersatz weiterer Schäden hat und aus diesem Grund die von den Klägern beanspruchte Leistung zurückhalten kann. Von einem solchen Schaden ist revisionsrechtlich mangels gegenteiliger Feststellung zugunsten des Beklagten auszugehen.
- b) Der Beklagte hat geltend gemacht, er hätte – wenn er der H. nicht beigetreten wäre – die Einlage in Höhe von 315.000 DM zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 7 % anderweitig angelegt, so daß ihm ab Zahlung der Einlage (30. 12. 1971) bis zum Eintritt der Rechtshängigkeit im Vorprozeß (14. 12. 1973) Zinsvorteile in Höhe von insgesamt 43.181,25 DM entgangen seien. Mit diesem Vortrag ist der Zinsschaden hinreichend dargelegt; denn der geltend gemachte Schaden ergibt sich typischerweise daraus, daß das Eigenkapital in solcher Höhe erfahrungsgemäß nicht ungenutzt geblieben, sondern zu einem allgemein üblichen Zinssatz angelegt worden wäre (vgl. BGH v. 8. 11. 1973 – III ZR 161/71 – VersR 74, 291 = WM 74, 128 [129]; v. 30. 11. 1979 – V ZR 23/78 – VersR 80, 194 = WM 80, 85).

.....

Haftung des Notars

- Umfang der Belehrungspflichten
- Belehrungsbedürftigkeit

(BGH, Urt. v. 7.2.1991 – IX ZR 24/90 – WM 1991, 1046)

Leitsatz:

Zum Umfang der Pflicht des Notars, einen der Vertragschließenden rechtlich zu belehren und über Risiken aufzuklären.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Notar darf regelmäßig die Angaben der Beteiligten zugrunde legen. Das gilt nicht, wenn erkennbar als Tatsachen vorgetragene rechtliche Begriffe falsch verstanden werden.
2. Dem Notar muß sich nicht der Verdacht aufdrängen, daß ein Scheingeschäft – niedrigerer Kaufpreis als tatsächlich vereinbart – beurkundet werden soll.
3. Beim Ausschluß des Gewährleistungsrechts handelt es sich um einen einfachen Rechtsbegriff, über dessen Wirkungen belehrt wird und regelmäßig keine Verständigungsschwierigkeiten entstehen.
4. Der Notar hat die Parteien nicht nach den Beweggründen für einen Vertragsschluß zu befragen.

Aus den Gründen:

1. Nach § 17 Abs. 2 BeurkG soll der Notar den Willen der Beteiligten erforschen, den Sachverhalt klären, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiedergeben. Die Vorschrift soll gewährleisten, daß der Notar eine rechtswirksame Urkunde über den wahren Willen der Beteiligten errichtet. Aus diesem Zweck folgt die inhaltliche **Begrenzung der Pflicht zur Rechtsbelehrung**: Sie geht nur soweit, wie eine Belehrung über das Zustandekommen einer formgültigen Urkunde erforderlich ist, die den wahren Willen der Beteiligten vollständig und unzweideutig in der für das beabsichtigte Rechtsgeschäft richtigen Form rechtswirksam wiedergibt.

Dabei soll der Notar darauf achten, daß unerfahrene und ungewandte Beteiligte nicht benachteiligt werden (Senatsurt. v. 29.10.1987 = WM 1988, 337 = NJW 1988, 1143; v. 11. 2. 1988 = WM 1988, 722 = ZIP 1988, 696). Ob dem Notar wegen Verstoßes gegen § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG eine Pflichtverletzung (§ 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO) vorzuwerfen ist, hängt mithin davon ab, **welchen Inhalt die Urkunde nach dem Willen der Vertragsparteien haben sollte und ob er den Willen der Beteiligten vollständig und unzweideutig in der von ihm errichteten Urkunde zum Ausdruck gebracht hat** (Senatsurt. v. 16. 6. 1988 = WM 1988, 1639 [1641]; v. 19.1.1989 = WM 1989, 700). Diesen Willen kann der Notar nur dann richtig erfassen und in die passende rechtliche Form kleiden, wenn er den Tatsachenkern des zu beurkundenden Geschäfts aufgeklärt hat. **Dabei darf er regelmäßig die Angaben der Beteiligten zugrunde legen, es sei denn, er hat Anhaltspunkte dafür, daß sie als Tatsachen vorgetragene rechtliche Begriffe falsch verstanden haben** (Senatsurt. v. 6. 11. 1986 = WM 1987, 74 = NJW 1987, 1266). Bedenken, ob die zu beurkundende Fassung des Geschäfts dem wahren Willen der Beteiligten entspricht, sind mit diesen zu erörtern (§ 17 Abs. 2 Satz 1 BeurkG).

- a) Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts fehlt ein Anhalt, daß die am 2. 4. 1980 vom Beklagten beurkundeten Erklärungen nicht dem übereinstimmend von den Beteiligten bekundeten Willen entsprochen haben. Der Kläger räumt, anders als in dem Verfahren, das mit seiner Verurteilung zur Zahlung von 60.000,- DM nebst Zinsen endete, nunmehr ein, daß er und die Eigentümerin sich mündlich auf den Verkauf des ihm bekannten Grundstücks, wie es liegt und steht, zum Preis von 115.000,- DM geeinigt, dem Notar aber die dann in §§ 1 und 2 des Vertrags beurkundeten Angaben gemacht hatten. Auf diese Angaben der Beteiligten durfte sich der Beklagte verlassen. **Er mußte, entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts, nicht den Verdacht hegen, daß ein Scheingeschäft, nämlich ein niedrigerer Kaufpreis als tatsächlich vereinbart, beurkundet werden sollte.** Der Wortlaut des beurkundeten Vertrags und der Vortrag der Parteien ergeben keine Umstände, aus denen der Beklagte am 2. 4. 1980 einen solchen Verdacht hätte schöpfen müssen. Da der Beklagte keinen Anlaß hatte, an der Wirksamkeit des Geschäfts zu zweifeln, hatte er die Beteiligten nicht nach § 17 Abs. 2 Satz 2 BeurkG zu belehren. Der Kläger behauptet auch nicht, daß der Ausschluß der Haftung für Fehler und Mängel jedweder Art in § 2 des Vertrags nicht seinen damals zum Ausdruck gebrachten Willen richtig wiedergebe.
- b) Wie der Kläger nicht bestreitet, hat ihn der Beklagte über die Bedeutung dieser Ausschlußklausel, insbesondere darüber, daß ihm nach

Gewährleistungsrecht keinerlei Ansprüche gegen die Verkäuferin erwachsen können, belehrt; er hat diese Belehrung auch verstanden. Danach war dem Kläger die Tragweite des Haftungsausschlusses, die sich klar schon aus dem Wortlaut des § 2 des Vertrags ergibt, bekannt. Eine weitere Aufklärung des Sachverhalts war für das Zustandekommen einer formgültigen Urkunde, die den Willen der Beteiligten vollständig und unzweideutig wiedergibt, nicht erforderlich. Die Beteiligten hatten die Tatsachen angegeben, die für das Zustandekommen einer solchen Urkunde notwendig waren. Der Beklagte hatte keinen Anhalt dafür, daß die Vertragschließenden die in der Urkunde verwendeten **einfachen Rechtsbegriffe** nicht verstanden hätten. **Es war nicht Sache des Notars, den Kläger oder die Eigentümerin nach den Beweggründen für den Vertragsschluß zu fragen.** Insbesondere die wirtschaftlichen Überlegungen, die die Beteiligten zum Kauf und Verkauf veranlaßt hatten, mußte der Beklagte nicht eruieren. § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG gebietet solche Nachforschungen nicht.

- c) Eine weitergehende Pflicht zur Aufklärung des Sachverhalts ergab sich auch nicht aus dem Gebot, darauf zu achten, daß **unerfahrene und ungewandte Beteiligte** nicht benachteiligt werden. Abgesehen davon, daß der Kläger als Bundesbahnbeamter und Jäger nicht als unerfahren bezeichnet werden kann, hat der Beklagte seiner Hinweispflicht mit der Belehrung über die Tragweite des Haftungsausschlusses genügt. Zudem hatte der Kläger über die beabsichtigte Nutzung des Grundstücks bei der Beurkundung nichts verlauten lassen. Dieses Thema von sich aus aufzugreifen, um eine Benachteiligung des Klägers abzuwenden, hatte der Beklagte keinen Anlaß. Das gilt um so mehr, als er davon ausgehen durfte, daß die Verkäuferin den Kläger über den Vergleich vom 9. 4. 1975, insbesondere die Verpflichtung zum Abriß der kleinen „Jagdhütte“ unterrichtet hatte. Daß der Kläger schon im März 1980 über diese Verpflichtung informiert worden war, ist im vorliegenden Verfahren nicht mehr bestritten worden.

GI Hinweise

Die Liquidation von Unternehmen gehört ebenso wie deren Gründung zum Beratungsalltag. Probleme der liquidierenden Gesellschaften werden nun in dritter Auflage von Förster, Die Liquidationsbilanz (Verlag Dr. Otto Schmidt KG 1992, 284 Seiten, 98,- DM) umfassend behandelt. Im Vordergrund des Buches steht die Ableitung betriebswirtschaftlicher Grundsätze für eine ordnungsmäßige Buchführung bei der Aufstellung von Liquidationsbilanzen. Untersucht wird die Notwendigkeit und der Umfang des Abschlusses für ein Rumpfgeschäftsjahr und die Überleitung zur Liquidationseröffnungsbilanz. Am Beispiel eines in der Praxis durchgeführten Liquidationsverfahrens werden die Bilanzen veranschaulicht.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1 – 8, 1992)

Abtretung		Auskunftsvertrag	
– Abtretungsverbot, Zweckbindung, § 399 BGB	92, 58	– stillschweigender Abschluß = Bilanz, Status	92, 8
– d. Steuererstattungsanspruchs = Belehrungspflicht d. Stb	92, 77		
Allgemeine Geschäftsbedingungen		Bankhaftung	
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114	– Prüfungspflicht, WP-Testat	92, 114
– Rechtswahlklausel	92, 25		
Amtspflichtverletzung d. FA		Belehrungspflicht d. RA	
– Abweichen v. Steuerrichtlinien	92, 54	– fehlende Belehrungsbedürftigkeit = Kenntnis der Berufsordnung	92, 115
– Prüfung d. eingereichten Belege	92, 54	= gesetzliches Verbot	92, 115
Anwaltsnotar		– beschränkte Erbenhaftung	92, 58
– Sozietät	92, 121		
– Unparteilichkeit		Belehrungspflicht d. Stb/Wp	
Arglistseinwand		– Abtretung Steuererstattungsanspruch	92, 77
– gegenüber Verjährungseinrede	92, 46	– Befreiungstatbestand = vor 15 Jahren	92, 22
		– Stiftungsgründung, Durchlaufspende	92, 175
		– rechtswidrig, begünstigender Verwaltungsakt	92, 209

Berufsverbot			
– Berufshaftpflichtversicherung			
– Schuldnerverzeichnis	92, 135		
– d StB	92, 130, 131, 132		
Betrug			
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		
Beweislast			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung			
= Beweisvermutung	92, 58		
– f. Mandatsumfang	92, 2		
Bilanzerstellung			
– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10		
– Dritthaftung	92, 8		
– Testat	92, 8		
Buchführungsauftrag			
– verspätete Erstellung	92, 95		
Bundesverfassungsgericht			
– Anwaltpflichten	92, 24		
Dienstvertrag			
– Steuerberatungsvertrag	92, 63		
Dritthaftung			
– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18		
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter			
= obj. Interessenlage	92, 8		
= Testat	92, 8		
– vertragsähnli. Vertrauenshaftung	92, 17		
Ehescheidung			
– Parteiverrat d. RA	92, 127		
– Unparteilichkeit d. Notars	92, 121		
Eigenschaft, zugesicherte –			
– Steuervorteil	92, 181		
Erbenhaftung, beschränkte			
– Belehrungspflicht d. RA	92, 58		
Feststellungsklage			
– negative –	92, 28		
– nichtiger Gesellschafterbeschuß	92, 88		
Freistellungsanspruch			
– Einwendungen i. Zahlungsprozeß	92, 85		
– Verjährung	92, 85		
Fristenkontrolle			
– Telefax			
= Funktionsfähigkeit	92, 41		
– Überwachung durch Mandanten	92, 59		
Verdeckte Gewinnausschüttung			
– Wettbewerbsverbot			
= Übergangsregelung	92, 109		
GmbH			
– eigenkapitalersetzendes Darlehen	92, 144		
– Durchgriffshaftung	92, 145		
– Jahresabschluß, Handelsregister	92, 108		
– Löschung im HR	92, 108		
Grundaufzeichnungen			
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195		
Grunderwerbsteuer			
– Erwerb von Gesellschaftsanteilen	92, 208		
Haftungsbeschränkung			
– auf grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114		
Honoraranspruch d. RA			
– Betrug, Untreue	92, 105		
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105		
Honoraranspruch d. Stb			
– Änderung der Rechnung	92, 91		
– Einforderbarkeit, § 9 StbGebV			
= Gebührenvorschriften	92, 95, 101		
= Gegenstandswert	92, 95, 101		
= Klagbarkeit	92, 101		
= Zeitgebühr	92, 101		
– Fälligkeit, § 7 StbGebV			
= Betriebsprüfung	92, 44		
– Gebührenrahmen, § 11 StbGebV			
= Mittelgebühr	92, 89		
– nach Kündigung, § 627 BGB	92, 160		
– Pauschalgebühr, § 14 StbGebV	92, 157		
– Schriftform	92, 157		
– Zahlung e. Teilbetrages	92, 95		
Honoraranspruch d. WP			
– StbGebV	92, 89		
Honorarrückzahlung			
– unerlaubte Rechtsberatung	92, 209		
Kapitalanlagebetrug			
– Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	92, 85		
Kaufvertrag			
– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181		
Kausalität			
– Beratungsfehler/fehlende Mandanteninfo	92, 28		
– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181		
Konkursverwalter Haftung d. –			
– Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25		
– Interessenkollision	92, 25		
– Steuerhaftung	92, 25		
Lohnbuchhaltung			
– fehlerhafte Meldung d. Krankenkasse	92, 202		
= Erstattungsanspruch d. KK,			
§ 50 Abs. 1 SGB X	92, 202		

Lohnsteuererstattung		
– Finanzierung d. Kreditinstitute = Mitwirkung d. Lohnsteuerhilfevereins	92, 28	
Lohnsteuerhilfeverein		
– Mitwirkung b. d. Vorfinanzierung d. Lohnsteuer	92, 28	
Maklervvertrag		
– Beratungsfehler, Finanzierung	92, 208	
Mitverschulden		
– Fristüberwachung	92, 59	
– Grundaufzeichnungen	92, 195	
– richtige Informationen an StB = durch Dritte	92, 22 92, 58	
– Steuererklärung	92, 59	
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195	
Niederlassungsfreiheit		
– gegenseitige Anerkennung	92, 114	
Notar		
– Belehrungspflichten = Ausschluß der Gewährleistung	92, 229	
– Ehevertrag = Unparteilichkeit	92, 121	
– Scheingeschäft	92, 229	
– Unparteilichkeit = Sozietät	92, 121	
– Vermögensvormund = Mündelgrundstück	92, 136	
– Wirtschaftsprüfer-Bestellung	92, 144	
Parteiverrat, § 356 StGB		
– Scheidungsverfahren	92, 127	
Praxisveräußerung		
– Gegenstand d. –	92, 89	
– Haftung f. Altberater	82, 89	
Prospekthaftung		
– b. Bauherrenmodell = Hamburger Modell	92, 29	
– d. Gutachters	92, 3	
– Rechtswahlklausel	92, 25	
– Schaden = Befreiung v. Vertrag	92, 29	
– Verjährung = § 68 StBerG	92, 29	
Rechtsanwalt		
– Niederlassungsfreiheit		
– Wahrheitspflicht = d. Strafverteidigers	92, 128	
– Zulassung = Verbandstätigkeit = AG-Vorstand	92, 88	
– Zweitbüro		
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung		
– Abwicklung des nichtigen RberVertrages	92, 209	
– Erschließungsbeiträge	92, 28	
– Honorarrückzahlung	92, 209	
– Steuerberater = Erschließungsbeiträge	92, 28	
– Umwandlung, Vertragsentwurf – d. Wohnungsverwalters (WEG)	92, 209 92, 88	
Rechtsmittelauftrag		
– ohne Auftragsbestätigung	92, 76	
Rechtswahlklausel		
– Prospekthaftung	92, 25	
Schaden		
– negatives Interesse = Zinsverlust	92, 208 92, 228	
– Kapitalanlage = Rückabwicklung	92, 29	
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	92, 198	
Schuldnerverzeichnis		
– d. StB	92, 135	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
– d. Gesellschafter-Geschäftsführers	92, 145	
– Jahresabschluß	92, 19	
– Vermögenslage	92, 145	
– vorsätzliche sittenwidrige – = Grundstücksbewertung	92, 191	
Sozietät		
– Anwaltsnotar = Unparteilichkeit d. Notars	92, 121	
Standesrecht		
– Berufshaftpflichtversicherungsschutz	92, 134	
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132	
Steuerberatungsgesetz		
– § 4, Zf. 5 = unmittelbarer Zusammenhang	92, 28	
– § 5 = Steuerberechnung, Wirtschafts- beratungsfirma	92, 28	
– § 33, Hilfeleistung in Steuersachen = Rechenzentrum	92, 2	
– § 57 = Werbeverbot, Anwaltssuchservice	92, 25	
Steuerberatungsvertrag		
– Ehegatten = Taschengeldparagraph, § 1357 BGB	92, 167	
– Kündigung, § 627 BGB = lfd. Einspruchsverfahren = Resthonorar	92, 155 92, 160	

Steuererklärung			
– Informationen d. Mandanten	92, 22	– Verjährungsbeginn	
= fristgerechte –	92, 59	= Mandatsende, § 51 2. Alt. BRAO	92, 72
– Steuerbefreiungstatbestand	92, 22	Mandatsende, kein Schaden	
		– Verjährungshemmung	
		= Verhandlung, § 852 BGB, 3 PflVG	92, 46
Steuergestaltungsberatung		Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO	
– Mandatsumfang	92, 2	– anderweitige Ersatzmöglichkeit	92, 208
– Wirtschaftsberatung	92, 2		
Steuerhaftung		Vermittlerhaftung	92, 174
– d. Konkursverwalters	92, 25	– Belehrungsinhalt	92, 174
Stiftungsgründung		Verschwiegenheit	
– Belehrung, Durchlaufspende	92, 175	– gegenüber Miterben	92, 2
Strafvereitelung, § 258 StGB		Versicherungsschutz	
– d. Strafverteidigers	92, 128	– Berufshaftpflicht	
		= Prämienzahlung	92, 134
Strafzumessung		– Serienschaden	
– Berufsverbot	92, 130, 131, 132	= fehlerhafte Prospektprüfung	92, 80
Telefax		Vollmacht	
– Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde	92, 41	– d. Treuhänders, Umfang	92, 114
Testat (s. Bestätigungsvermerk)		Wahrheitspflicht	
– Beweiskraft	92, 8	– d. Strafverteidigers	92, 128
– Prüfungspflicht d. Bank	92, 114	Werbeverbot	
Treuhänder		– Anwalts-Suchservice/Infodienst	92, 25
– Abtretung d. Einlageansprüche	92, 58	– Beratungsverbund	92, 174
– Aufklärungspflichten	92, 114	– f. Rechtsanwälte	92, 25
= Erwerb d. Vertriebsmitarbeiter	92, 174	– Strafverteidiger	92, 85
– Haftungsbeschränkung		– Werbung	92, 123
= grobe Fahrlässigkeit	92, 2	Wirtschaftsberatung	
– Untreue, § 266 StGB	92, 58	– Mandatsumfang	92, 2
– Vermögensbetreuungspflicht	92, 58	Zinsschaden	
– Vollmacht, Umfang d. –	92, 114	– fehlgeschlagene Kapitalanlage	92, 228
Untreue, § 266 StGB		Zwischenvermietung	
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105	– Belehrungspflichten	92, 163
– Treuhänder	92, 58	– Gestaltungsmissbrauch	92, 163
– Vermögensvormund			
= Mündelgrundstück	92, 136		
Verhandlungsgelhilfe, § 278 BGB		BGH v. 26. 11. 1987 – IX ZR 162/86	92, 208
– Makler	92, 181	BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88	92, 25
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO		= BGH Z 106, 134	
– Belehrungspflicht ü. Fehler u.		= NJW 1989, 303	
Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		= DB 1989, 525	
= Anlaß zur Prüfung u. Belehrung	92, 209	= WM 1989, 114	
– Prospekthaftung	92, 29	= ZIP 1989, 50	
Verjährung, § 51 BRAO		BGH v. 19. 2. 1990 – AnwSt (RI) 11/89	92, 123
– Belehrungspflicht ü. Fehler		BGH v. 12. 6. 1990 – 5 StR 268 – 89	92, 136
u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		BGH v. 17. 10. 1990 – IV ZR 197/89	92, 208
= Anlaß zur Belehrung	92, 46	= WM 1991, 246	
= Regreßmandat an Kollegen	92, 71	= VersR 1990, 1396	
= Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	92, 71	= NJW RR 1991, 627	

BGH v. 5. 12. 1990 – 3 StR 214/90	92, 130	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90 = ZIP 1991, 1597 = NJW 1992, 241	92, 85
BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89 = BGH Z 113, 262 = WM 1991, 420 = WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann) = NJW 1991, 982	92, 25	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 221/90	92, 88
BGH v. 7. 2. 1991 – IX ZR 24/90	92, 229	BGH v. 7. 11. 1991 – III ZR 118/90 = RPK U 1.148/92	92, 174
BGH v. 13. 2. 1991 – III StR 13/91	92, 127	BGH v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90	92, 175
BGH v. 25. 3. 1991 – AnwZ (B) 2/91 = BRAK-Mitt. 1991, 226	92, 88	BGH v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91	92, 71
BGH v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90 = RPKU 1.124/91	92, 58	BGH v. 4. 12. 1991 – II ZR 141/90	92, 228
BGH v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89	92, 181	BGH v. 9. 12. 1991 – NotZ 26/90	92, 121
BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ (B) 4/91 = BRAK-Mitt. 1991, 224	92, 88	BGH v. 9. 12. 1991 – NotSt (B) 1/91 = NJW 1992, 1179	92, 144
BGH v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90 = RPK U 1.077/91	92, 58	BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91	92, 229
BGH v. 19. 6. 1991 – 2 StR 357/90	92, 44, 131	BGH v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91 = NJW 1992, 1159 = WM 1992, 742	92, 115
BGH v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90	92, 76	BGH v. 17. 3. 1992 – XI ZR 204/91 = WM 1992, 770	92, 174
BGH v. 1. 7. 1991 – II ZR 180/90 = WM 1991, 1548 = DSrR 1991, 1429 = VersR 1991, 1247 = ZIP 1991, 1140	92, 145	BGH v. 20. 3. 1992 – V ZB 7/92	92, 144
BGH v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90 = WM 1991, 1812	92, 58	BGH v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91	92, 209
BGH v. 24. 9. 1991 – VI ZR 293/90	92, 191	<hr/>	
BGH v. 26. 9. 1991 – V II ZR 376/89 = BAUR 1991, 796	92, 29	BFH v. 23. 1. 1991 – II B 69/89 = RPKU 1.056/91	92, 208
BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90 = NJW 1992, 240 = MDR 1991, 1095 = WM 1991, 1993	92, 28, 58	BFH v. 14. 8. 1991 – I B 240/90 = NJW 1992, 1191	92, 144
BGH v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91 = WM 1991, 2080 = ZIP 1991, 1629	92, 41	<hr/>	
BGH v. 10. 10. 1991 – IX ZR 38/91 = NJW 1992, 436 = WM 1992, 276	92, 28	BVerfG v. 8. 7. 1991 – 2 BvR 731/91	92, 25
BGH v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90 = WM 1992, 62 = NJW 1992, 307 = DSrR 1992, 410 = DB 1992, 523	92, 59	<hr/>	
		OLG Celle v. 7. 11. 1991 – 13 U 79/91 = StB 1992, 174	92, 174
		OLG Düsseldorf v. 10. 8. 1988 – StO 1/88	92, 132
		OLG Düsseldorf v. 11. 10. 1990 – 18 U 62/90 rkr.	92, 101
		OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990 – 18 U 109/90 rkr.	92, 89
		OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990 – 18 U 100/90	92, 96
		OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990 – 18 U 126/90 rkr.	92, 91
		OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1990 – I WS 1096/90	92, 128
		OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1991 – 18 U 253/90	92, 195

OLG Düsseldorf v. 28. 3. 1991 – 13 U 2/91	92, 157	GH Hessen v. 28. 2. 1991 – 1 EGH 2/90 = EWIR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	92, 25
OLG Düsseldorf v. 11. 4. 1991 – 13 U 10/91	92, 160		
OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 3/91	92, 167		
OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1991 – 13 U 16/91	92, 163	BdF Schreiben v. 4. 2. 1992 – IV B 7 – S 2742 – 6/92	92, 109
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 25/92	92, 155		
OLG Düsseldorf v. 25. 7. 1991 – 13 U 30/91	92, 198	AG Hannover v. 27. 8. 1991 – 506 C 4532/91 = RPK U 1.145/92	92, 114
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1991 – 13 U 100/91	92, 45		
OLG Frankfurt v. 23. 5. 1991 – 6 W 41/91 rkr. = DStR 1991, 1201	92, 28	EuGH v. 7. 5. 1991 – Rs. C-340/89 = RIW 1991, 946	92, 114
OLG Hamburg v. 4. 10. 1990 – 3 U 87/90 = StB 1991, 400	92, 28		
OLG Hamm v. 7. 6. 1989 – 25 U 168/88	92, 77		
OLG Karlsruhe v. 20. 12. 1990 – 2 Ws 265/89	92, 105		
OLG Karlsruhe v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90	92, 3		
OLG Karlsruhe v. 16. 10. 1991 – 1 U 5/91	92, 47		
OLG Köln v. 9. 3. 1989 – 5 U 111/88	92, 53		
OLG Köln v. 23. 1. 1991 – 2 U 56/90 n. rkr. = RPK U 1.075/91	92, 114		
OLG München v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90	92, 8		
<hr/>			
OVG Nordrhein-Westfalen v. 27. 6. 1991 – 3 B 1858/90 rkr. = StB 1991, 402	92, 28		
<hr/>			
KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 U 5932/90 = RPK U 1.070/91	92, 88		
<hr/>			
LG Arnsberg v. 20. 6. 1991 – 9 T 2/91	92, 108		
LG Düsseldorf v. 25. 10. 1991 – 20 S 47/91	92, 203		
LG Hamburg v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90 = RPK U 1.065/91	92, 25		
LG Hannover v. 24. 1. 1991 – 19 O 414/90 = StBK Köln – MBI 1991, 8	92, 55		
LG Karlsruhe v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89	92, 22		
LG München I v. 23. 4. 1991 – 8 O 20696/90	92, 114		
LG München v. 18. 12. 1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.	92, 85		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.